



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Dr. Franz Rieger, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Alexander König, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/7042

Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch – für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß

Der Landtag dankt der Staatsregierung, den bayerischen Kommunen und insbesondere auch allen Ehrenamtlichen für die großen Anstrengungen bei der Hilfe für Flüchtlinge in Not.

Die Staatsregierung wird aber auch aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine konsequente Politik gegenüber Migranten ohne Bleiberecht einzusetzen.

Insbesondere möge die Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen bzw. bei den Bund-Länder-Gesprächen zur Asylpolitik sowie auf europäischer Ebene einfordern:

- Stärkere Unterstützung der Herkunftsstaaten zur Bekämpfung der Fluchtursachen
- Entschiedenes Vorgehen gegen Schleuserkriminalität
- Effektive Seenotrettung im Mittelmeer und Rückführung der aus Seenot geretteten Asylsuchenden in neu zu schaffende europäische Asylzentren in

Nordafrika, in denen ein europäisches Standards entsprechendes Prüfverfahren durchzuführen ist

- Sichere EU-Schengen-Außengrenzen durch konsequente Einhaltung des Schengen-Grenzkodex, Umsetzung der Dublin-III-Verordnung und der Eurodac-Verordnung bei Unterstützung der Erstaufnahmeländer
- Intensivierung der Schleierfahndung, um auf diese Weise die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung weiter zu verbessern
- Einführung einer quotalen Verteilung der in die EU einreisenden Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten
- Einstufung zusätzlicher Länder wie Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten sowie Wiedereinführung der Visapflicht für die Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien
- Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren bei klaren Fällen, insbesondere durch unverzügliche Bereitstellung und Besetzung der zugesagten zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration (BAMF)
- Ausweitung und anschließend konsequente Anwendung der Möglichkeit der Leistungskürzung nach § 1a Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Personen, die aus sicheren Herkunftsländern stammen oder deren Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden
- Überprüfung und Absenkung der Jugendhilfestandards bei der Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen

Darüber hinaus appelliert der Landtag an die Bundesregierung, schnellstmöglich eine gesetzliche Regelung für die bundesweite Verteilung von unbegleiteten Minderjährigen zu schaffen. Zudem ist unverzüglich ein Übergangskonzept zu entwickeln, das bis zum Inkrafttreten des Gesetzes eine bundesweite Verteilung ermöglicht, um die gegenwärtige akute Belastungssituation in einigen Grenzregionen zu entschärfen. Die dahingehenden Bemühungen der Staatsregierung auf Bundesebene werden ausdrücklich begrüßt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident